

Imame für die Truppe?

26.02.2019

von Philipp Fritz

Frankreich, Österreich, die Niederlande und die Vereinigten Staaten haben sie bereits in ihren Streitkräften: Militärimame. Die Bundeswehr tut sich dagegen noch schwer mit einer Entscheidung, ob und wie muslimische Militärseelsorger in die Truppe eingebunden werden sollen. Diese Entscheidung schiebt das Bundesministerium der Verteidigung bereits seit etlichen Jahren vor sich her. Das bemängelte nun auch der Wehrbeauftragte des Bundestages, Dr. Hans-Peter Bartels (SPD), Anfang des Jahres in seinem jährlichen Bericht.



Ein muslimischer Militärimam der U.S. Navy im Gespräch mit Zivilisten. Foto: U.S. Navy/S. McCoy

Militärpfarrer hatten von Beginn an ihren festen Platz in der Bundeswehr und sind auch heute noch für die religiöse Betreuung und die allgemeine Seelsorge von Bundeswehrangehörigen zuständig. Dabei stehen die evangelischen und katholischen Militärgeistlichen den deutschen Soldatinnen und Soldaten im Inland und in den Auslandseinsätzen

zur Seite. Die kirchlichen Militärseelsorger haben jedoch im Gegensatz zu den Soldatinnen und Soldaten nicht den Status von Kombattanten, sie sind nicht in die militärische Hierarchie der Streitkräfte eingebunden und stehen zusätzlich unter dem Schutz des Kriegsvölkerrechts.

Die schätzungsweise 1500¹ Bundeswehrangehörigen islamischen Glaubens haben im Vergleich zu Ihren christlichen Kameradinnen und Kameraden allerdings keine Möglichkeit, sich an islamische Militärgeistliche zu wenden. Es gibt schlichtweg keine in der Bundeswehr. Der Wehrbeauftragte des Bundestages hat sich daher Anfang 2019 in seinem Jahresbericht für Imame als Seelsorger für muslimische Soldatinnen und Soldaten in den deutschen Streitkräften ausgesprochen. Diese Forderung ist keinesfalls neu. Bereits vor sechs Jahren hatte die Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen (CDU), eine Prüfung des Bedarfs an islamischen Militärseelsorgern angekündigt. Trotz dieser langen Zeitspanne steht eine endgültige Entscheidung seitens des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) noch aus. Entsprechend forderte Bartels, dass das BMVg nach Jahren der Prüfung zu einem abschließenden Ergebnis kommen müsse.

Seit 2015 gibt es die Zentrale Ansprechstelle für Soldatinnen und Soldaten anderer Glaubensrichtungen (ZASaG) bei der Bundeswehr, die im vergangenen Jahr 2018 über 117 Anfragen erhalten hat. 60 dieser Anfragen

¹ Die schätzungsweise 1500 Soldatinnen und Soldaten islamischen Glaubens in der Bundeswehr sind über eine Vielzahl von Kasernen in ganz Deutschland verteilt und gehören unterschiedlichen Richtungen des Islams an.

Über die genaue Anzahl von Muslimen in der Bundeswehr gibt es keine verlässlichen Angaben.

stammen von muslimischen Militärangehörigen. Die Ansprechstelle hat Bundeswehrangehörigen, die nicht der evangelischen oder katholischen Kirche angehören, zumeist seelsorgerische Betreuung, örtliche Moscheen oder externe Ansprechpartner vermittelt sowie Vorgesetzte in religiösen Fragestellungen beraten. Auch die bereits fest etablierte katholische und evangelische Militärseelsorge ist darum bemüht, unabhängig vom Glauben für alle Uniformträger offen zu sein. Eine Vielzahl der muslimischen Militärangehörigen empfindet dieses Angebot seitens der Bundeswehr jedoch als nicht ausreichend. So drängen inzwischen auch islamische Verbände, wie der Zentralrat der Muslime in Deutschland, darauf, Imame in die Truppe einzuführen. Insbesondere der Verband "Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion" (Ditib) und Einzelpersonen, wie Aiman Mazyek oder die Soldatin Nariman Hammouti Reinke, setzen sich seit Jahren für Imame und muslimische Seelsorger als hauptamtlichen Vertreter in der Bundeswehr ein – eine Forderung die 2018 auch in die Deutsche Islamkonferenz eingebracht wurde. Seitens des BMVg fehlt es allerdings an Ansprechpartnern, die für alle Muslime in der Truppe sprechen könnten. Ebenso ist die Frage nach einer möglichen Finanzierung von Militärimamen nicht geklärt. Im Vergleich: christliche Militärpfarrer sind Angehörige der Bundeswehr im Organisationsbereich Militärseelsorge, sie sind Bundesbeamte auf Zeit und werden aus dem Haushalt der Bundeswehr besoldet. Da die Anzahl der muslimischen Soldatinnen und Soldaten jedoch vergleichsweise gering ist, wird die Einführung hauptamtlicher Militärimame unwahrscheinlich sein. Stattdessen schlägt der Wehrbeauftragte ein Modell vor, welches auf ehrenamtliche Seelsorger setzt und seitens der Bundeswehr durch Fort- und Weiterbildung unterstützt werden könnte.

Bei der Debatte ob die Bundeswehr Imame benötigt und wer mögliche Partner sein könnten, ist zu beachten, dass Militärgeistliche im Rahmen ihrer seelsorgerischen Tätigkeit im In- und Auslandseinsatz immer wieder sensible Informationen und bisweilen auch Einblicke in sicherheitsrelevante Bereiche erhalten. Es ist folglich genau abzuwägen, welche Verbände und Personen man als Partner wählt. Diesem Kreis wird nicht nur die Möglichkeit zur Seelsorge in der Truppe gegeben, sondern auch ein gewisser Gestaltungsspielraum in der Bundeswehr ermöglicht – sei es hauptamtlich oder auf ehrenamtlicher Basis. So darf es keinesfalls erneut passieren, dass einzelnen islamischen Verbänden Privilegien eingeräumt werden, wie es bereits in mehreren Bundesländern beim bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht geschehen ist. Gerade Ditib steht unter der finanziellen und ideologischen Einflussnahme des türkische Religionsministeriums, der Verwaltung für religiöse Angelegenheiten (Diyanet) und des türkischen Ministerpräsidenten. In Anbetracht sicherheitssensibler Bereiche in der Bundeswehr ist hier Augenmaß angebracht, um am Ende keinen strukturellen und exklusiven Einfluss seitens einzelner Islamverbände auf die muslimische Militärseelsorge zu begünstigen.

Das Verteidigungsministerium muss nun in einem längst überfälligen Schritt und nach Jahren der Prüfung die Frage beantworten, ob Imame oder islamische Seelsorger zukünftig einen Platz in der Bundeswehr bekommen sollen. Und falls ja, in welchem Rahmen und mit welchen Partnern dies umgesetzt werden soll. Das BMVg könnte mit der Realisierung einer seelsorgerischen Betreuung muslimischer Soldatinnen und Soldaten jedenfalls ein deutliches Zeichen für Gleichbehandlung und eine gewissenhafte Soldatenbetreuung setzen – gerade in Zeiten, in welchen die Bundeswehr um jede Bewerberin und Bewerber kämpfen muss.